

Haben die Kirchen Angst vor Mindereinnahmen?

Die neue Debatte über die Kirchensteuer gibt Gelegenheit, mit einigen Vorurteilen aufzuräumen:

(1) Der von Kirchenrepräsentanten vermittelte Eindruck, die „Kirchen“ und alle ihre Mitglieder unterstützten das System der Kirchensteuer, trifft nicht zu. Die Mehrheit unserer Gesellschaft und auch der Kirchenmitglieder steht diesem Finanzierungssystem skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Ergebnisse entsprechender Umfragen finden sich z.B. im Buch „Abschied von der Kirchensteuer“ (Publik-Forum-Verlag).

(2) Die Behauptung, die Umstellung des staatlichen Kirchensteuereinzugs auf ein kircheneigenes Beitragssystem wäre mit erheblichen Mehrkosten verbunden, ist widerlegt. Laut schriftlicher Auskunft von Katrin Göring-Eckhardt als Präses der EKD-Synode vom 27. 04. 2011 ist es „nicht mehr zutreffend, dass die Übernahme der Kirchensteuerverwaltung durch den Staat bei den Kirchen eine Aufwandsersparnis zwischen 20 und 30 Prozent bedeutet. Vielmehr darf angenommen werden, dass eine kircheneigene Steuerverwaltung mit einem Aufwand etwa in Höhe des staatlichen Verwaltungskostensatzes geleistet werden kann“ (aus ihrem Antwortschreiben auf eine entsprechende Anfrage; siehe Homepage www.dietrich-bonhoeffer-verein.de). Die Umstellung auf ein kircheneigenes Beitragssystem ließe sich also ohne einen Verwaltungsmehraufwand bewerkstelligen.

(3) Seit 15 Jahren macht der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) detaillierte Vorschläge für ein kircheneigenes Beitragssystem. Dieses so genannte „Drei-Säulen-Modell“ (siehe Homepage) sieht unter anderem vor, die Kirchensteuer durch einen „Gemeindebeitrag“ zu ersetzen. Es ist uns klar, dass eine solche Umstellung einen tiefgreifenden Mentalitätswandel bedeutet. Auch staatskirchenrechtlich und verwaltungstechnisch sind Vorarbeiten notwendig. Wir schlagen vor, für eine Übergangsphase das Kirchensteuersystem und den „Gemeindebeitrag“ alternativ nebeneinander zu stellen. Kritiker der Kirchensteuer müssten dann nicht mehr wie bisher die Kirche endgültig verlassen, sondern könnten zum „Gemeindebeitrag“ wechseln, den sie in ihrer Gemeinde vor Ort zahlen. Die Gemeinden würden davon ca. ein Drittel für übergemeindliche und gesamtkirchliche Aufgaben weiterleiten.

(4) Das eigentliche Ärgernis des Kirchensteuersystems ist es, dass die Taufe Unmündiger zur Grundlage des späteren automatischen Kirchensteuereinzugs gemacht wird. Das heilige Zeichen des Glaubens wird dazu missbraucht, die Taufe kleiner Kinder als sofortige Mitgliedschaft in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu sehen und dem Staat zu melden. Immer wieder ist die Reaktion darauf für junge Steuerpflichtige der Kirchengemeinde eintritt. Nach unserer Auffassung sollte aber erst die schriftliche Willens- bzw. Beitritts-Erklärung einer religionsmündigen Person die Basis für ihre Beitragspflichten sein.

(5) Unsere Vereins-Mitglieder verstehen sich bewusst als Christinnen und Christen und Glieder ihrer Kirchen, deren Wohl und Zukunft ihnen am Herzen liegt. Mit den Vorschlägen für die Änderung des Kirchensteuersystems wollen sie ihnen nicht schaden, sondern helfen. Schaden geht u. E. von dem jetzigen Zustand aus. Er erweckt immer wieder den Eindruck, die Kirchen seien vorrangig um ihre Besitzstandswahrung und Einflussverbreiterung besorgt. Privilegien sind von jeher ein Problem für die Glaubwürdigkeit der Kirchen gewesen. Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) hat sich schon in seiner Zeit gegen das Kirchensteuersystem gewandt. Er hoffte, dass sich die Kirchen nach dem Zweiten Weltkrieg von diesem System befreien würden. Von ihm haben wir gelernt, dass eine direkte Gemeindefinanzierung der bessere Weg wäre, so wie es weltweit in fast allen Kirchen üblich ist.

(6) Das Projekt einer Reform der Kirchenfinanzen sollte ökumenisch angepackt werden. Besonders für die beiden großen christlichen Kirchen muss – und kann! – eine Reform praktikabel sein. Die Zeichen stehen im Augenblick günstig, weil auch in der katholischen Kirche in den letzten Jahren das Problembewusstsein gewachsen ist. Papst Benedikt XVI. soll noch als Erzbischof von München dem Philosophen Robert Spaemann gesagt haben: „Wissen Sie, was das größte Problem der Kirche in Deutschland ist? Sie hat zu viel Geld.“ Der neue Papst Franziskus fordert, arm solle die Kirche sein, eine „Kirche für die Armen“. Mit dieser Grundeinstellung, die wir sehr begrüßen, sind Reformen möglich. Diese können wir nicht von der Politik erwarten. Sie müssen aus der Mitte der Kirchen heraus gefordert und vorangetrieben werden.

Verfasser der Pressemitteilung sowie weitere Auskünfte:

Dr. Karl Martin, Vorsitzender des dbv, Berlin, Tel: (030) 20050867,

karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de ; www.dietrich-bonhoeffer-verein.de